

BUNDESWEHR

## Fluthelfer fehlen

Der Reservistenverband der Bundeswehr sorgt sich um seine Freiwilligenarmee für den Heimat- und Katastrophenschutz: Den neuen „RSU“-Kompanien (Regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte) fehlt Personal. Der Grund ist die strenge Musterung der Bewerber, die in ihren Heimatlandkreisen Wachdienste schieben oder bei Katastrophen – wie etwa Hochwasser – Feuerwehr und Technisches Hilfswerk unterstützen. Die CSU hatte sich bei der Bundeswehrreform für die Gründung derartiger Reservisteneinheiten starkgemacht. Deren Tauglichkeit für den Dienst an den Sandsäcken wird aber prinzipiell nach den gleichen Kriterien

bemessen wie bei Berufssoldaten. Die meisten Bewerber für die RSU-Kompanien haben allerdings ihren 30. Geburtstag bereits hinter sich. Trotzdem sollen sie, so Wilhelm Schreieck vom Reservistenverband, „wie ein 19-Jähriger fünf Kilometer durch die Wüste laufen können mit einem zwölf Kilo schweren Sturmgewehr am Rücken“. Tatsächlich zählt laut einem Merkblatt aus Baden-Württemberg nicht nur ein Body-Mass-Index von höchstens 30, auch Hautausschläge, Vernarbungen oder eine feste Zahnsperre können zur Ausmusterung führen. Auch Brillenträger können abgelehnt werden. „Wenn wir das weiter so strikt durchziehen, verlieren wir Unterstützer für die Bundeswehr“, klagt Verbandssprecher Schreieck. Eine Lockerung der strengen Anforderungen wurde bislang abgelehnt. Ausnahmegenehmigungen sind allerdings möglich.

FAMILIENPOLITIK

## Forscher wehren sich

Drei große Forschungsinstitute wehren sich mit einer eigenen Darstellung gegen die Interpretation ihrer Ergebnisse durch die Bundesregierung. Die Wissenschaftler des Deutschen Instituts

für Wirtschaftsforschung, des Ifo-Instituts und des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung hatten im Auftrag von Finanz- und Familienministerium an einer Gesamtbewertung ehe- und familienbezogener Leistungen mitgewirkt. Mit der Interpretation ihrer Arbeit durch die Ministerien waren sie nicht einverstanden (SPIEGEL 27/2013). Nun schreiben die Wissenschaftler gemeinsam an einem Bericht, der im Oktober vorgestellt werden soll. Die Forscher wollen darin eine familienpolitische Agenda für die nächste Legislaturperiode herausarbeiten. Die zuständige Ministerin, Kristina Schröder (CDU), wies Kritik an ihrem Haus erneut zurück. Auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion zu dem Vorgang ließ sie mitteilen, die Studie habe „Wirkungsanalysen und keine Handlungsempfehlungen“ herausarbeiten sollen. Es stünde aber jedem Forscher frei, politische Auffassungen zu vertreten.



Schröder

PHILIPP GUEBLAND / GETTY IMAGES

GLÜCKSSPIEL

## Erhöhter Anreiz

Die Nachfrage nach Hilfsangeboten gegen Spielsucht wächst: 19 500 Menschen wandten sich im vergangenen Jahr an die Suchthilfeberatungsstellen, gut 16 Prozent mehr als im Vorjahr. Rund drei Viertel der Hilfesuchenden führten ihre Probleme auf das Spielen an Automaten in Spielhallen und Gaststätten zurück. Das geht aus noch

nicht veröffentlichten Daten der Deutschen Suchtstatistik hervor. Die wachsende Nachfrage hängt laut dem Forscher Gerhard Meyer von der Universität Bremen mit der Novelle der Spielverordnung durch die Bundesregierung im Jahr 2006 zusammen; damals sei der Anreiz zu spielen stark erhöht worden. „Es dauert immer einige Jahre, bis die Probleme bei den Süchtigen so massiv werden, dass sie Hilfe suchen“, sagt Meyer. Bund und Länder streiten derzeit über eine Neuregelung der Spielverordnung.